

Dlf- Hintergrund**Titel: Das „Potsdamer Treffen“ und seine Folgen****Redaktion: Grit Eggerichs****Autor: Norbert Seitz****Sendung: 29. Dezember 2024****O 1 Alexander Gauland (2017):**

„Wir werden sie jagen. Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“

Sprecher:in:

Alexander Gauland am Bundestagswahlabend 2017, als seine Partei zum ersten Mal die 5-Prozent-Hürde im Deutschen Bundestag überwunden hatte. Seine Jagdparole bezog sich auf die große Flüchtlingswelle 2015. Damit setzte der AfD-Gründungsvorsitzende gleich zu Beginn der Parlamentsarbeit seiner rechts-populistischen Fraktion einen dezidiert völkischen Akzent.

Aber von einem veritablen „Masterplan“ erfuhr die Öffentlichkeit erst im Januar 2024 – nach einem Geheimgespräch, das zwei Monate zuvor im Landhaus Adlon am Lehnitzsee nahe Potsdam stattgefunden hatte.

O 2 Justus von Daniels (2024):

„Wir bei Correctiv, wir haben eigentlich schon lange recherchiert zu der neuen Rechten, wir haben auch recherchiert zur AfD, zu Spendenskandalen der AfD. Insofern war es dann auch nicht zu überraschend, dass wir dann einen Hinweis bekamen.“

Sprecher:in:

Justus von Daniels, Chefredakteur von Correctiv, berichtet, dass dem Rechercheteam eine Einladung zu dem Treffen zugespielt wurde. Correctiv ist ein gemeinwohlorientiertes, mit Spenden finanziertes Medienhaus. In den zehn Jahren seines Bestehens hat es etwa mit Recherchen über den europaweiten Betrug von Cum-Ex-Geschäften Aufsehen erregt. Von Daniels schildert das Vorgehen seines Teams auf der Potsdamer Geheimkonferenz:

O 3 Justus von Daniels (2024):

„Wir haben tatsächlich überlegt, wie kommt man da gut ran. Und ein Kollege von mir hatte dann die gute, aber auch zugleich einfache Idee, zu sagen, ich versuche mich da als Gast einzubuchen, weil es ja ein Hotel war, ein kleines Landhotel. Das hat er dann gemacht und hat dann auch so eine Art Gästeliste einsehen können. Wir konnten dann relativ gut dokumentieren, was in diesem Treffen dann auch besprochen wurde.“

Sprecherin:

Am Anfang war das Team von Correctiv noch davon ausgegangen, dass sich hier Rechtsradikale und Neonazis treffen wollen, um sich in erster Linie mit potenziellen Geldgebern auszutauschen und Geld zu sammeln. Doch ein zweites Einladungsschreiben verriet, dass es bei dem Treffen um mehr gehen sollte.

Zitator 1 (Einladungstext):

„Es bedarf Patrioten, die aktiv etwas tun, und Persönlichkeiten, die diese Aktivitäten finanziell unterstützen.“

Sprecher:in:

In dieser zweiten Einladung wurde der völkische Autor Martin Sellner als Redner angekündigt, einer der Gründer der rechtsextremen Identitären Bewegung in Österreich. Sein sogenannter „Masterplan“ propagierte unter dem Titel „Re-migration“ die sogenannte „Rückabwicklung“, der

Einwanderung, d.h. die massenhafte Ausweisung von Menschen mit Migrationshintergrund. Im Einladungstext dazu heißt es:

Zitator 2 (Einladungstext):

„Die einzige Frage, die uns zusammenführt, ist die Frage der Remigration, ob wir als Volk im Abendland noch überleben oder nicht.“

Sprecher:in:

25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren auf dem Geheimgetreffen zugegen, neben Mitgliedern der Identitären Bewegung und der Werteunion aus dem Umfeld der CDU viele Aktivisten aus der AfD. Zum Beispiel Tim Krause, der stellvertretende Vorsitzende im Kreis Potsdam.

O 4 Justus von Daniels (2024):

„...Ein Fraktionsvorsitzender aus Sachsen-Anhalt der AfD, Ulrich Siegmund, dann ein Roland Hartwig, ehemaliger Bundestagsabgeordneter und damals zumindest sicherlich einer der engsten Mitarbeiter der Parteichefin der AfD, Alice Weidel, eine Bundestagsabgeordnete der AfD, Gerrit Huy, also Menschen, die durchaus die Dinge, die dort besprochen wurden, in den politischen Alltag führen wollten.“

Sprecher:in:

Remigration – der Begriff bedeutet ursprünglich die freiwillige Rückkehr von Menschen in ihr Geburtsland, das sie zuvor aus Gründen der politischen, ethnischen oder rassistischen Verfolgung verlassen mussten. Gastredner Martin Sellner hat den Begriff aber völlig anders interpretiert: Als repressiv betriebenes Programm der massenhaften Zwangsausweisung von Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Publizistin Eva Kienholz hat jüngst ein Buch über die Geschichte der AfD veröffentlicht. Sie recherchiert verdeckt im rechtsextremen Milieu, unter anderem im Thüringer Umfeld von Björn Höcke und Andreas Kalbitz.

Kienholz erläutert das Konzept, das in der Correctiv-Dokumentation mit dem Titel „Geheimplan gegen Deutschland“ öffentlich gemacht wurde:

O 5 Eva Kienholz (2024):

„Es ging um Asylbewerber, um Nichtstaatsbürger oder Ausländer mit Bleibe-recht und um sogenannte „nicht assimilierte“ Staatsbürger, also die, die sich nicht genug oder gut genug angepasst hätten an das Deutsche. Auf die müsste, wie Sellner sagt, ein „hoher Anpassungsdruck“ ausgeübt werden und „maßge-schneiderte Gesetze“, die zur Ausreise drängen sollen.“

Sprecher:in:

Aber neben Migranten und Migrantinnen ohne Aufenthaltsstatus, sogenannten „Passdeutschen“, denen man doch einen Pass wegnehmen könne, wie es in Potsdam hieß, und den als „nicht-assimiliert“ stigmatisierten Einwanderern gibt es noch eine vierte Bevölkerungsgruppe:

O 6 Eva Kienholz (2024):

„Linkspolitisch eingestellte Menschen, die nicht diesen Remigrationskurs der AfD mitgehen wollen. Das hat ja auch Sellner in Potsdam angedeutet, dass es nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund sein sollen, die Deutschland verlassen sollen. Sellner sprach ja auch von einem nordafrikanischen Musterstaat, auf jeden Fall auch von Leuten, die Geflüchtete unterstützen, die könnten ja gleich auf dieses nordafrikanische Terrain mitgenommen werden. Es geht ganz klar auch um den politischen Gegner, der Deutschland verlassen soll, wenn die AfD an die Macht kommen sollte.“

Sprecher:in:

Das Thema Massenabschiebung war vor dem Geheimgespräch von Potsdam schon propagiert worden, zum Beispiel in Sellners Buch über einen „Regime Change“, erschienen im Antaios-Verlag des rechtsextremen Vordenkers Götz Kubitschek. Und Björn Höcke, für die Thüringer AfD im Landtag, hat schon 2018 in seinem Buch „Niemals in den-selben Fluss“ ein

völkisches Revolutionsprogramm formuliert, das für ihn ohne eine, so wörtlich – „wohltemperierte Grausamkeit“ – nicht zu realisieren sei.

In Höckes Kampagnen ist „Remigration“ längst Dauerthema, wie hier in einem Video im Online-Magazin Compact.

O 7 Björn Höcke (2023):

„Abzuschieben. Abzuschieben. Remigration heißt die große Aufgabe. Und die werden wir beherzt angehen. Aus Thüringen wird dann ein Land, wo Verabschiedungskultur für illegale Migranten gelebt wird und nichts anderes mehr.“

O 8 (statt O 11) Sprechchöre Hamburger Demo (2024):

„Wir sind mehr, wir sind mehr, wir sind mehr.“

Sprecher:in:

Was auf das Geheimtreffen am Lehnitzsee folgte, war eine bislang einmalige Welle zivilgesellschaftlichen Protests unter dem Label „ProDemokratie“. Die Menschen wurden vor allem aufgeschreckt, als in der Correctiv-Recherche der Begriff „Deportation“ fiel. Der Soziologe Dieter Rucht, Experte für soziale Bewegungen, schildert den Ausbruch der bundesweiten Demonstrationen.

O 8 Dieter Rucht (2024):

„Ich denke, es gab einen Gefühlsstau, das heißt: die Leute waren angesichts der wachsenden Zahlen für die AfD beunruhigt. Es war eine Situation des Abwartens. Aber mit dieser Recherche war eben der Zündfunke geliefert. Und dann war das fast wie eine Explosion: Jetzt ist der Moment gekommen, da müssen wir Flagge zeigen, dann wir müssen was tun, und da gab es auch einen Imitationseffekt.“

Sprecher:in:

Im Jahr der bevorstehenden Landtagswahlen in den neuen Bundesländern Thüringen, Sachsen und Brandenburg seien Befürchtungen aufgekommen, Höcke & Co würden so erfolgreich werden, dass sie ihren „Masterplan Re-migration“ durchsetzen könnten, sagt Protestforscher Wolfgang Kraushaar.

O 9 Wolfgang Kraushaar (2024):

„Die Warnung davor, dass es gelingen könnte, dass die AfD jetzt auf Landesebene auch möglicherweise Regierungsmacht erringen würde, und dass diese Bewegung, dass diese Dynamik damit überhaupt nicht mehr zu stoppen sein würde, das hat die Ängste ausgemacht. Aber ich glaube, das Erschrecken, dass es soweit schon gekommen ist. Das hat die Leute aufgeregt, erobert, empört und hat dazu geführt, dass das wie eine Brandfackel war.“

Sprecher:in:

Die Tageszeitung TAZ dokumentierte jeden Demonstrationzug und kam im Zeitraum von Mitte Januar bis Ende April auf über 1.800 Kundgebungen mit zusammen rund vier Millionen Demonstrantinnen und Demonstranten. Viele engagierten sich zum ersten Mal auf der Straße, darunter auch Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund, wie zum Beispiel jener aus dem Iran stammende Demonstrant:

O 9a (03` 20, in: NDR vom 30.01.24: Migranten in Deutschland, Länge: 03` 28)

„Wir sind nach Deutschland geflohen, um in Frieden zu leben. Und jetzt kommt das Gefühl, wir sind auch hier bedroht.“

Sprecher:in:

Zudem war bemerkenswert, dass vielerorts die Protestkultur eine Premiere feiern konnte, wie Wolfgang Kraushaar betont:

O 10 Wolfgang Kraushaar (2024):

„Es hat unglaublich viele Demonstrationen in Orten gegeben, wo überhaupt zum allerersten Mal Demonstrationen gemeldet worden sind, zum Teil in kleinen Dörfern mit hundert, dreihundert Einwohnern, wo sich Leute zusammengefunden haben. Es hat eine große Menge gegeben von Kleinstädten sozusagen die kapillaren Systeme der gesamten Bevölkerung sind durchzogen worden. Man hätte früher wahrscheinlich gesagt: ‚Wir haben es mit einer Volksbewegung zu tun‘. Man hat eigentlich eine solche Menge an Beteiligung erreicht, wie es sie zuvor noch nie gegeben hatte.“

Sprecher:in:

In Hamburg wurde die Teilnehmerinnenzahl zunächst auf 60 Tausend geschätzt. Der Innensenator musste sie später aber um das Dreifache auf 180 Tausend korrigieren. Damit hatte der gewaltige Pro-Demokratie-Aufmarsch das Ausmaß der historisch bislang größten Proteste in der Hansestadt erreicht: Das war Ende der 1950er Jahre bei der „Kampf-dem Atomtod“-Bewegung.

Was hat Anfang 2024 so viele Menschen dazu bewegt, für Demokratie zu demonstrieren?

O 12 Hamburger Protestteilnehmer (2024):

„Ich glaub‘, weil ich persönlich zu lange warm und trocken auf dem Sofa gesessen habe und mir das Spiel angeguckt habe, und ich glaube: Wenn wir diesen Knallköppen jetzt nicht mal signalisieren, dass die schweigende Mehrheit groß ist, dann ist es irgendwann zu spät.“

Sprecher:in:

Die Politik reagierte auf die überwältigenden Proteste der Zivilgesellschaft. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier rief dazu auf, sich Verfassungsfeinden entgegenzustellen. Das Team von Correctiv wurde ins Schloss Bellevue geladen, um über das Treffen von Potsdam Bericht zu erstatten. Und Bundeskanzler Olaf Scholz meldete sich mahnend zu Wort:

O 13 Kanzler Olaf Scholz (2024):

„Das, was wir gerade hier in unserem Land erleben, geht uns wirklich alle an. Ich sage es in aller Deutlichkeit und Härte: Rechtsextremisten greifen unsere Demokratie an. Sie wollen unseren Zusammenhalt zerstören.“

Sprecher:in:

Ebenso besorgt meldete sich die Chefin der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, Andrea Nahles, zu Wort. Sie wies darauf hin, dass eine massenhafte Ausweisungswelle schwerwiegende Auswirkungen hätte.

O 14 Andrea Nahles (2024):

„Eine Politik, die auf sogenannte Remigration setzt, kann sich der deutsche Arbeitsmarkt aus meiner Sicht gar nicht leisten. Wir haben mittlerweile 5,3 Millionen Menschen, die ohne deutschen Pass in Deutschland arbeiten, auf die wir gar nicht verzichten könnten, zum Beispiel in der Pflege. In den Pflegeheimen sind 20 Prozent des Pflegepersonals mit ausländischem Pass. Also es ist wichtig, dass jetzt ein Gegensignal gesetzt wird. Und dass es jetzt so breit erfolgt, freut mich.“

Sprecher:in:

Die AfD, allen voran ihre Co-Vorsitzende Alice Weidel, reagierte auf die Recherche mit Attacken gegen den Investigativjournalismus.

O 15 Alice Weidel (2024):

„Es ist ein Skandal, wenn solche Machenschaften für eine Kampagne instrumentalisiert werden, die das Ziel verfolgt, privaten Meinungs Austausch zu kriminalisieren und unter Gesinnungskontrolle zu stellen.“

Sprecher:in:

Correctiv ist aber nicht nur von der AfD angegangen worden.

Es gab auch journalistisch begründete Kritik an der Machart der Dokumentation „Geheimplan gegen Deutschland“. Im Online-Magazin

„Übermedien“ wurde der Recherche ein Mangel an Belegen, zum Beispiel anhand von Zitaten, vorgehalten. Es sei mehr interpretiert als erklärt oder dokumentiert worden.

Da Rechtsradikale wahre Absichten hinter harmlos klingenden Formulierungen gerne verbergen, räumt Correctiv-Chefredakteur Justus von Daniels durchaus ein, ...:

O 16 Justus von Daniels (2024):

„Übermedien hatte sich beschwert, dass dort eventuell gar nicht so radikale Inhalte besprochen worden seien oder gar nicht so genau ausgedrückt wurde. Das ist natürlich auch richtig. Rechtsradikale reden natürlich auch mit ihren eigenen Begriffen, die man einordnen und übersetzen muss. Was heißt `Remigration`?“

Sprecher:in:

Für Correctiv lief Martin Sellners Remigrationsplan auf eine „Deportation“ hinaus – und damit nutzten die Journalisten einen historisch schwerstens vorbelasteten Begriff. Der wurde auch in der weiteren Berichterstattung über die Recherche verwendet. Etwa in einer Moderation und einem Beitrag im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Daraufhin klagte ein Teilnehmer des Geheimtreffens vor dem Hamburger Landgericht gegen das ZDF „auf Unterlassung“, weil es aus der Interpretation eine Tatsachenbehauptung gemacht habe. Mit Erfolg.

Sprecher:in:

Wie aber entwickelte sich der Aufreger der Correctiv-Recherche über das Potsdamer Geheimtreffen im Lauf des Jahres weiter? Wo stehen wir heute, nach den Landtagswahlerfolgen der AfD in Sachsen, Thüringen und Brandenburg?

Zunächst endete die große Demonstrationswelle. Schon im Mai ebte sie spürbar ab, obwohl es weitere skandalträchtige Vorkommnisse im rechts-extremen Umfeld der AfD gab – Spionage- und Korruptionsvorwürfe, Verfahren gegen Aktivisten wegen Volksverhetzung und die Einstufungen von AfD-

Landesverbänden als „gesichert verfassungswidrig“. Protestforscher Wolfgang Kraushaar kann nur vermuten, warum der Protest nicht anhielt.

O 17 Wolfgang Kraushaar (2024):

„Man muss grundsätzlich sagen, auf einem so hohen Mobilisierungsniveau lassen sich Bewegungen in der Regel ohnehin nicht aufrechterhalten. Aber es ist dennoch merkwürdig zumindest, dass in dem Moment, als sich das politisch auszuzahlen beginnt für die Rechte, dass es da nicht ein Mehr an Demonstrationen, sondern wesentlich weniger an Demonstrationen gegeben hat. Ich glaube, dass da eine Bewegung an ihre Grenzen gestoßen war, obgleich dieses Thema AfD-Verbot wieder neu Fahrt aufnimmt.“

Sprecher:in:

Die Empörung über den „Masterplan Remigration“ hielt nur auch deshalb nur kurz an, weil ein anderes Thema sich in den Vordergrund schob, sagt Rechtsextremismusforscher Hajo Funke:

O 18 Hajo Funke (2024):

„Zwischendurch ist die Zahl der AfD nach Umfragen zurückgegangen. 2 bis 4 Prozent. Und dann ist das überlagert worden, durch die Messerattacken auf der einen Seite und deren Deutung: ‚Jetzt müssen wir aber.‘“

Sprecher:in:

Die Diskussion wurde vom Kopf auf die Füße gestellt. Unmittelbar nach der auslaufenden Demonstrationswelle erstach ein Migrant mit afghanischer Herkunft einen Polizisten in Mannheim.

„Remigration hätte diese Tat verhindert“, lautete das Kampfmotto auf der Protestdemo der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“.

Im August erfuhr die öffentliche Erregung über „Ausländerkriminalität“ eine weitere Steigerung. Auf dem Stadtfest in Solingen tötete ein dem IS nahestehender Exil-Syrer drei Menschen und verletzte weitere Festteilnehmer. Über Wochen beherrschte das Thema `Abschiebungen` die aufgeheizte

öffentliche Debatte. Innenministerin Nancy Faeser machte sich auf die Suche nach rechtskonformen Wegen für die Ausweisung von Straftätern und Gefährdern.

O 19 Hajo Funke (2024):

“Das war die vielleicht entscheidende Überlagerung. Es gibt eben Verbrechen von Zugewanderten. Das hat dann unnötig, wie ich glaube, dies zu einem zentralen Thema gemacht, weil es nicht nur durch den Bundeskanzler Schwächen gab in der Interpretation der Lage, sondern auch Schwächen in der Politik zur Balancierung der Migration.“

Sprecher:in:

So sieht es Hajo Funke. Es gab Debatten um schärfere Grenzkontrollen und neue Waffengesetze, um die Ausweitung von Waffenverbotszonen und die Länge von Klingen im Allgemeinen. Die Parole des Kanzlers, man müsse jetzt „in großem Stil abschieben“ habe rechtspopulistischen Forderungen Tür und Tor geöffnet, sagt der Rechtsextremismus-Experte.

Neben den europaweit geführten Debatten über das Asylrecht und eine verschärfte Abschiebepaxis stand die Diskussion um ein AfD-Verbot im Zentrum der Auseinandersetzungen, mit angestoßen durch einen Verfassensantrag von über hundert Bundestagsabgeordneten. Die Gegnerinnen und Gegner eines Parteiverbotsverfahrens verwiesen aber darauf, dass es sehr lange dauern würde - schätzungsweise vier Jahre. Sie sensibilisierten für die Möglichkeit eines Scheiterns des Verfahrens und dass die AfD damit gestärkt – statt abgeschafft – würde.

Hajo Funke bezweifelt, dass ein Verbot überhaupt sinnvoll wäre.

O 20 Hajo Funke (2024):

„Aus demokratischen Gründen ist es zwar denkbar und auch plausibel, dass man sie am Ende verbietet. Aber die Kosten sind demokratiepolitisch womöglich sehr, sehr hoch.“

Sprecher:in:

Heute propagiert die AfD ihre Abschiebepläne nicht mehr nur in Hinterzimmern, sondern öffentlich auf Parteitage, wo der Begriff Remigration sogar als sogenanntes „Markenzeichen der Partei“ herausgestellt wird.

So auf dem Landeskongress des Bayerischen Landesverbands Ende November in Greding. Da wurde eine Resolution verabschiedet, nach der Asylsuchende deutschen Boden nicht mehr betreten dürften und straffällig gewordene Migranten und Personengruppen mit – Zitat - „schwach ausgeprägter Integrationsfähigkeit“ abgeschoben werden sollen. Ganz so wie im „Masterplan“ auf dem Potsdamer Geheimtreffen im November 2023 vorgestellt.

Rechtsextremismus-Expertin Eva Kienholz ist überzeugt, dass die Debatte um den „Masterplan Remigration“ wichtige Impulse gegeben hat.

O 21 Eva Kienholz (2024):

„Ich glaube schon, dass die Correctiv Recherche da einiges in Gang gesetzt hat, sei es jetzt, dass ernsthaft über ein AfD-Verbot gesprochen wird, als auch, dass es schon die tolerante und demokratische Gesellschaft wachgerüttelt hat. Klar, es ist zwar alles wieder abgeflaut, aber ich glaube, es hat schon Spuren hinterlassen, dass es zum anderen die AfD noch offen radikaler gemacht hat. Auch indem sie jetzt noch offener mit dem Thema Remigration und millionenfacher Abschiebung spielt, spielt sie sich ja selbst Punkte zu, die für ein Verbot sprechen würden.“

Sprecher:in:

Das Image der AfD hat durch die Correctiv-Recherche und die Berichterstattung rund um die Europawahl im Juni Schaden genommen. Doch die Aufregung um rechtsextreme Ausweisungspläne ist rasch abgelöst worden vom Thema Ausländerkriminalität. Und Politik und Zivilgesellschaft – so scheint es – hatten dem wenig entgegenzusetzen. Der AfD hat die Kehrtwende der Debatte einen zusätzlichen Wählerschub verschafft.

Textende